

Zum einen ist durch die Ausweitung der Kooperation eine immer größere Zahl von Abteilungen involviert worden, so daß "die Dispute zwischen beiden Seiten gestiegen sind und Schwierigkeiten bei der Handhabung der Dinge in den Vordergrund getreten sind". Zum anderen scheinen beide Seiten mit den wirtschaftlichen Ergebnissen ihres Engagements nicht zufrieden. "Der Staat hat Verluste erlitten, und es ist auch für gewisse Joint Ventures schwierig geworden, ihre Devisenbilanz zu wahren." (SWB, WER, 18.06.86, a 11,12) -ma-

*(30)

Devisenvorrang für Exportproduktion

"Rund 75 bis 80% der Kredite in ausländischer Währung, die die Bank of China 1986 vergibt", sollen für Projekte bereitgestellt werden, "die Deviseneinnahmen bringen". 1985 hatte der Anteil bei nur 57% gelegen. Die Kreditvergabe für "Waren, die nicht exportiert werden können, und an Unternehmen mit schlechten wirtschaftlichen Ergebnissen" wird eingestellt. (SWB, WER, 18.06.86, a3) -ma-

*(31)

Eurodollarmarkt

Die Fujian Investment & Enterprise Corporation plant nach eigenen Veröffentlichungen, "im Laufe der nächsten Monate" an den Eurodollarmarkt zu gehen. Die Nachricht von dem Vorhaben der Provinzinvestitionsgesellschaft erfolgte im Anschluß an ein entsprechendes Auftreten der Bank of China in Frankfurt. Die Bank of England hatte es in diesem Zusammenhang britischen Banken untersagt, chinesische Eurodollar-Obligationen von ihren Londoner Büros her zu zeichnen. Es ging um die bisher unregelmäßige Frage von Schuldverschreibungen aus der Zeit vor 1949. Dennoch haben sich zwei britische Banken (Barclays und Standard Chartered) an der Transaktion beteiligt. Die Unterzeichnung erfolgte durch Auslandsbüros (Ferner Osten und Schweiz).

Im Falle der Fujian Investment & Enterprise Corporation liegt das Motiv nach Ansicht von Finanzfachleuten darin, "sich den Anstieg des Yen zu Nutze zu machen und Geld vom Yen weg hin zum Dollar zu bewegen. Die Wahl Europas kann als eine politische betrachtet werden, da China eine starke Präsenz auf dem europäischen Geldmarkt etablieren möchte." (China Business Report, Vol.1, Nr.2, 2.07.86) -ma-

*(32)

Leasing

Im Rahmen der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik nutzt die Volksrepublik China zunehmend das Instrument von Leasinggeschäften. Die erste chinesische Leasingfirma wurde 1981 gegründet. Seither ist das Leasinggeschäft systematisch ausgeweitet worden (gegenwärtig 32 Leasingfirmen). 1985 belief sich das Geschäftsvolumen im Leasingwesen auf rund 700 Mio. Dollar (Import ausländischer Technik und Anlagen). Knapp ein Viertel dieses Gesamtvolumens entfiel allein auf die stärkste chinesische Leasingfirma, die China Orient Leasing Co. (COLC). Während der Jahre 1981/85 hat die COLC insgesamt 480 Geschäfte getätigt. Hauptpartnerländer waren Japan, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Schweiz.

Das Leasingwesen hat sich insbesondere in den Jahren 1984/85 auf fast alle Wirtschaftszweige ausgedehnt. "Flugzeuge, Schiffe, Fahrzeuge sowie große komplette Einrichtungen und kleine Maschinen und sogar Polarfahrzeuge für die chinesische Antarktisstation werden geleast." (Beijing Rundschau, Nr.27, 8.7.1986, S.29) -ma-

*(33)

Tourismuseinnahmen

Der Tourismusboom in China scheint bisher ungebrochen. Im ersten Quartal 1986 stieg die Zahl der Besucher des Landes gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 19% auf 5,4 Mio. Der Anteil der sogenannten ausländischen Touristen (ohne Auslandschinesen) erhöhte sich jedoch nur um 2,6% auf 680.000. Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft stiegen um 18%. Im längerfristigen Zeitraum seit 1978 ist ein durchschnittliches Wachstum des Tourismus von jährlich 21,6% zu verzeichnen. 1985 lag die Zahl der ausländischen Touristen mit insgesamt 1,37 Mio. rund sechs Mal so hoch wie 1978. Die Einnahmen beliefen sich 1985 auf 1,25 Mrd. US\$ (gegenüber 1978 Verfünffachung).

Die starke Investitionstätigkeit in Tourismuseinrichtungen läßt sich aus den folgenden Zahlen ablesen. So standen Ende 1985 gut 700 Hotels und Gästehäuser mit insgesamt 242.000 Betten zur Verfügung. 229 internationale und nationale Flugverbindungen (Gesamtlänge 450.000 km) wurden seit 1978 eingerichtet. Insgesamt sind über 70 Flughäfen für Tourismusverkehr geöffnet. Im Verlaufe des gegenwärtigen Fünfjahresplanes 1986/90 sollen touristische Einrichtungen weiter ausgebaut werden. Dies gilt

sowohl für die traditionellen Zentren Beijing, Shanghai und Guilin als auch für Inlandsstädte, insbesondere Xi'an, das im ersten Quartal 1986 eine Besuchersteigerung von 87,2% aufwies. In Beijing sind gegenwärtig 80 Hotels im Bau bzw. in der Planung, in Shanghai jeweils 30 im Bau bzw. in der Planung. (Beijing Rundschau, Nr.27, 8.7.86, S.30) -ma-

BINNENWIRTSCHAFT

*

*

*(34)

Kritik am Fünfjahresplan

In einem längeren Bericht ihrer Ausgabe vom März/April 1986 setzt sich die in Hongkong etablierte trotzkistische Zeitschrift "October Review" (Shiyue pinglun) mit dem 7. Fünfjahresplan der Volksrepublik China 1986/90 kritisch auseinander. Der Bericht stellt fest, daß der Plan in einem Klima nachhaltiger Auseinandersetzungen "innerhalb der Parteiführung über Politik und Tempo der Reform" aufgestellt worden sei. Verwiesen wird auf zwei diesbezügliche Artikel in der kommunistisch orientierten Hongkonger Wenhui Bao vom 31. März und vom 3. April 1986. Die Überschriften der beiden Artikel sind bezeichnend für die innerchinesischen Auseinandersetzungen: "Entweder einen kleinen Schritt machen und ein Wirtschaftsmodell errichten, bei dem der Plan vorherrschend und der Markt nur ergänzend ist, oder einen großen Schritt machen und schleunigst eine sozialistische Marktwirtschaft formen"; "Eine große Debatte zieht auf zwischen neuen und alten Wirtschaftswissenschaftlern". Wesentliche Fragen der kurz- bis mittelfristigen Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft sind offensichtlich nicht gelöst. Hierauf deutet auch die Tatsache hin, daß der Fünfjahresplan nur "im Prinzip angenommen" wurde. In wesentlichen Teilbereichen scheinen die Pläne immer noch nicht endgültig durchgesetzt zu sein.

Die entscheidenden Zielsetzungen des Plan liegen zum einen in der Aufrechterhaltung "einer grundlegenden Balance zwischen der gesamten gesellschaftlichen Nachfrage und dem Angebot" deren Aufrechterhaltung als Voraussetzung für eine reibungslose Abwicklung der Reform und die Ausgestaltung neuer Wirtschaftsstrukturen angesehen werden muß. Zum anderen soll ein "dauerhaftes und stetiges Wirtschaftswachstum" bewahrt werden, was insbesondere eine verbesserte Kontrolle der Investitionstätigkeit (Umlaufvermögen, große Schlüsselprojekte usw.) be-

dingt. Zum dritten muß die Wirtschaftsplannung den gestiegenen sozialen Erwartungshorizont der chinesischen Bevölkerung ("Verbesserung des Lebens der städtischen und ländlichen Bevölkerung") stärker als in der Vergangenheit berücksichtigen.

Die Schlußphase des 6. Fünfjahresplans 1981/85 war vor allem durch eine "Überhitzung" der Investitionstätigkeit mit den entsprechenden Folgeproblemen gekennzeichnet. Der Plan hatte Gesamtinvestitionen der staatlichen Betriebe von rd. 360 Mrd. Yuan vorgesehen. Die Planer wollten zu Beginn der 80er Jahre "Lehren aus dem exzessiven Ausmaß des Investbaus und der Ineffizienz der Investitionen in der Vergangenheit ziehen". Das tatsächliche Investitionsaufkommen 1981/85 belief sich jedoch auf rund 530 Mrd. Yuan. Es lag also beinahe 50% über der Planziffer. Die sich hieraus ergebenden volkswirtschaftlichen Engpässe und Fehlentwicklungen (starker Anstieg der Kreditnachfrage, der Konsumtion und Inflation, Außenhandelsdefizit usw.) wurden Ende 1984 deutlich sichtbar. Trotzdem geht der 7. Fünfjahresplan von Gesamtinvestitionen der staatlichen Unternehmen in Höhe von rd. 890 Mrd. Yuan aus. Das entspricht knapp dem Zweieinhalbfachen des Planvolumens des 6. Plans. "Das deutet darauf hin, daß der 7. Fünfjahresplan keine Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat, und es erscheint schwierig, die Durchführung der grundlegenden Aufgaben sicherzustellen."

Insgesamt rd. 500 Mrd. Yuan sind alleine für die Investitionstätigkeit im Investbau der staatlichen Unternehmen vorgesehen, davon rd. 375 Mio. über den staatlichen Haushalt und 112,5 Mio. durch örtliche Haushalte. Knapp dreiviertel der zentralstaatlichen Investitionen im Investbau sind laut Plan für die Bereiche Energie, Rohstoffe, Schwerindustrie, Transport- und Fernmeldewesen, die vier Wirtschaftssonderzonen und das Nuklearkraftwerk in Guangdong vorgesehen. 13,5% entfallen auf "andere Sektoren", 5,4% auf Verteidigung und Militärprojekte. Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft, Wasserregulierung und Meteorologie werden mit bloßen 3,9% (insgesamt 14,7 Mrd. Yuan, je Jahr knapp 3 Mrd. Yuan) "bedacht". Der Bereich Wissenschaft, Erziehung, Kultur, Gesundheit soll nur 2,6% (knapp 10 Mrd. Yuan) beanspruchen. Die staatliche Investitionstätigkeit in Landwirtschaft und Erziehung scheint selbst für ein Entwicklungsland verhältnismäßig gering. Das gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Preisentwicklung für industrielle

Produktionsmittel der Landwirtschaft nach oben tendiert. Das geringe staatliche Engagement für den ländlichen Raum ist daher auch im Nationalen Volkskongreß auf Kritik ländlicher Repräsentanten getroffen. "Die Kritik, die im Volkskongreß erfolgte, zeigte eine gewisse Unterstützung für Chen Yuns Rede" vor der Parteiführung vom September 1985.

Das geringe Investitionsvolumen für den Bereich Erziehung (knapp 78% für Personal) wirkt umso kritischer, als nach dem Zensus von 1982 "23,5% der Bevölkerung, d.h. 230 Mio. Menschen, Analphabeten oder Halbalphabeten sind." Nach anderen Untersuchungen in den Provinzen Yunnan und Guizhou wurde "festgestellt, daß 15-40% der Kinder im Schulalter nicht zur Schule gehen. Während die Zahl der älteren Analphabeten nicht gesunken ist, ist sie bei jungen Analphabeten gestiegen." Diese negative Tendenz ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß viele Lehrkräfte, insbesondere ländliche Grundschullehrer wegen des niedrigen Lohnniveaus (Monatslohn 20-30 Yuan) in andere Berufe überwechseln.

Im Hinblick auf das Wachstum der großen volkswirtschaftlichen Sektoren sieht der 7. Fünfjahresplan für die Landwirtschaft ein Wachstum von jährlich 4% (einschließlich ländlicher Industrie 6%) vor. Das Wachstum der Industrie (Leicht- und Schwerindustrie) wird auf 7,5% im jährlichen Durchschnitt veranschlagt. Es soll damit deutlich unter dem tatsächlichen Wachstum (Fehlwachstum) des letzten Fünfjahresplans liegen. Diese aus Gründen einer gleichgewichtigeren Entwicklung notwendige Verlangsamung des Wachstums steht in einem deutlichen Gegensatz zu der starken geplanten Erhöhung der Investitionstätigkeit. "Ein solcher Widerspruch wird unweigerlich ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung auslösen und das Hochwachstum der Produktion unter Mißachtung von Qualität und Effizienz intensivieren."

Der 7. Fünfjahresplan sieht von der wirtschaftspolitischen Zielsetzung her vor, "darauf zu beharren, der Reform Priorität zu geben". Anders gesagt, "die Lebenskraft der Unternehmen, insbesondere der großen und mittleren Staatsunternehmen" soll gestärkt werden, damit sie "wirklich verhältnismäßig unabhängige ökonomische Einheiten werden können". Zum anderen soll "der sozialistische Warenmarkt weiter entwickelt und das Marktsystem allmählich vervollständigt" werden. Das heißt, daß die Rolle des Staates bei der Zuweisung von Ressourcen allmählich verringert

und "das Ausmaß der imperativen Planung allmählich reduziert" werden soll. Werden diese Zielsetzungen tatsächlich laut Plan realisiert, so werden sich unvermeidliche Auswirkungen auf die gegenwärtigen Preisstrukturen und Preisniveaus ergeben. Kritiker fürchten, daß sich die Situation der Bevölkerung, insbesondere der städtischen Bevölkerung, verschlechtern dürfte. Das Ausmaß der Realeinkommensverluste würde letztlich nur dadurch begrenzt, wieweit die "Bevölkerung die Gürtel enger schnallen kann und die Situation toleriert, ohne in allgemeinen Widerstand zu verfallen". Letzten Endes würde es zu einer Entwicklung kommen, in der die Formel "Führung des Plans" nur noch eine Worthülse sei. Es ließe sich dann nicht mehr erkennen, "wie der Plan eine entscheidende Rolle spielen kann, um den Markt der Planung unterzuordnen". Als warnende Autorität wird wiederum Chen Yun genannt: "Marktregulierung bedeutet keine Planung, sondern Produktion, die nach den Veränderungen in Angebot und Nachfrage des Marktes durchgeführt wird. Das bedeutet Regulierung mit 'Blindheit'." -ma-

*(35)

Wasserregulierung

Nach Ansicht chinesischer Wasserregulierungsexperten ist das Land trotz aller Bemühungen der Vergangenheit weiterhin ständig von Überflutungsgefahren bzw. Dürregefahren bedroht. Das Risiko möglicher Überflutungen bei ungünstigen Witterungsverhältnissen besteht für das ganze Land, das Risiko größerer Dürren vor allem für den Norden.

Die Wasserregulierungsproblematik ist bei weitem nicht gelöst, obgleich in den mehr als 30 Jahren seit Gründung der Volksrepublik insgesamt 89 Mrd. Yuan in den Bau von Wasserregulierungsprojekten investiert wurden. Unter den sieben großen Flüssen des Landes weist "der Gelbe Fluß, Chinas zweitgrößter, alle hundert Jahre eine besonders starke Flut auf, der Hai-Fluß in Nordchina alle fünfzig Jahre, der Huai-Fluß in Ostchina alle vierzig Jahre, der Songhua-Fluß in Nordostchina alle zwanzig bis vierzig Jahre, und der Changjiang, der größte in China, alle zehn bis zwanzig Jahre". Der Zwang zur systematischen Wasserregulierung erscheint um so größer, als "Chinas große politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebiete hauptsächlich an den Mittel- und Unterläufen dieser Flüsse liegen". (XNA, 25.06.86) -ma-

*(36)

Plan zur Entwicklung rückständiger Gebiete

Unter der Aufsicht des Staatsrates ist im Juni 1986 eine "führende Gruppe für die wirtschaftliche Entwicklung armer Gegenden" eingesetzt worden. Leiter dieser Gruppe sind der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun und der Generalsekretär des Staatsrats Chen Junsheng. Aufgabe der Gruppe soll es sein, "Untersuchungen und Studien durchzuführen, Grundsätze, politische Maßnahmen und Pläne für die Entwicklung in armen Gebieten aufzustellen". Dabei geht es vor allem um "Bemühungen zur Lösung des Ernährungs- und Bekleidungsproblems in den meisten der armen Gebiete während des 7. Fünfjahresplans". Zwar hat sich laut Staatsrat seit Ende 1978 die Situation in den meisten ländlichen Gebieten Chinas deutlich verbessert, "aber wir müssen klar sehen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Gebieten ungleich ist. Gegenwärtig sind die Produktionsbedingungen in einigen Gebieten noch sehr ärmlich... In diesen Gebieten ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte langsam gewesen. Die Wirtschaft und Kultur sind rückständig. Einige Bauern haben immer noch Ernährungs- und Bekleidungsprobleme. Das ist eine wichtige wirtschaftliche und soziale Frage, die wir nicht übersehen dürfen."

Es wird darauf verwiesen, daß seit Gründung der Volksrepublik für die rückständigen Gebiete ein Finanzausgleich erfolgte und das "viele politische Sondermaßnahmen" ergriffen wurden. Dennoch habe sich die Situation in diesen Gebieten "nicht sehr geändert, und ihre wirtschaftlichen Ergebnisse sind nicht zufriedenstellend. Es erscheint notwendig, die Erfahrungen zusammenzufassen, Reformentwicklungen einzuleiten und die alte Methode, für arme Menschen Nothilfe zu leisten, zu ersetzen." Statt dessen sollen angemessenere Entwicklungspläne erarbeitet werden, um die Entwicklung zu beschleunigen. Insgesamt werden in dieser Hinsicht zehn Aspekte erwähnt:

1. Notwendigkeit zu "besonderen politischen Maßnahmen und Konzentration der Bemühungen auf die Lösung der Probleme in den armen Gebieten nacheinander". Vorrang sollen arme Gebiete "mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung von weniger als 150 Yuan" haben.

2. Die Entwicklung der einzelnen Gebiete soll nach Beurteilung der spezifischen Schwächen und Möglichkeiten jedes einzelnen Gebietes folgen, indem man "die Wahrheit in den Tatsachen sucht". Das heißt,

daß "man das entwickeln soll, was auch immer geeignet ist und was auch immer zu vermarkten ist".

3. Das Ausbildungswesen muß in den armen Gebieten verbessert werden. "Das Kernstück der Entwicklung armer Gebiete ist die intellektuelle Entwicklung." Vorrang soll vorerst die "Erwachsenenerziehung für Bauern" haben.

4. Soweit als möglich soll die "verarbeitende Industrie für Farmerzeugnisse" entwickelt werden. In den meisten dieser Gebiete ist die Verarbeitungsindustrie "sehr schwach und ländliche Unternehmen existieren nicht oder kümmern sich dahin".

5. Verbesserung der Absatzwege und der Transportbedingungen zur Stärkung einer Warenwirtschaft; dabei sind vor allem die Handelsinstitutionen einschließlich der staatlichen Institutionen aufgerufen, Produkte aktiv aufzukaufen und keine Mühen zu scheuen, für sie (arme Gebiete) einen guten Markt zu finden."

6. Verstärkte Bemühungen um horizontale Zusammenarbeit zwischen Einheiten armer Gebiete und wirtschaftlich entwickelterer Gebiete; "um die armen Gebiete zu entwickeln, müssen wir den Zustand des Sich-nach-innen-Orientierens, des niedrigen Standards und des In-sich-selbst-Kreisens sorgfältig aufbrechen".

7. Der Einsatz wissenschaftlicher und technischer Mittel zur Entwicklung armer Gebiete soll gezielt erfolgen in Form eines sog. "Auslöserplans". Dabei soll gezielt an bestimmten Punkten angesetzt werden, die sich als Ausgangspunkte für weitere Entwicklungen eignen.

8. Staatliche Fonds sollen für die Entwicklung der armen Gebiete gezielter bereitgestellt werden. "Was jedoch wichtiger ist, ist sorgfältig die Art zu ändern, daß Fonds irrational ausgegeben werden".

9. Errichtung von Verantwortungssystemen auf allen Ebenen mit Zielsetzungen, "die klar spezifiziert sind". Die Überwindung der Armut "ist eine grundlegende Aufgabe aller führenden Organisationen und Kader in den armen Gebieten".

10. Nutzung aller Kräfte und allen Sachverstandes zur Überwindung der Armut in den Armengebieten. "Das ist eine Angelegenheit von überragender Bedeutung für die ganze Partei und das ganze Land. Während der letzten Jahre hat sich eine Menge an wertvoller Erfahrung in vielen Gebieten angesammelt. Es ist sinnvoll, aus dieser Erfahrung zu lernen." (SWB, 24.06.86) -ma-

*(37)

Industriewachstum erstes Jahresdrittel 1986

Im Zeitraum Januar/April 1986 stieg die Industrieproduktion Chinas gegenüber dem Vergleichszeitraum 1984 um 4,2%. Das ist "der geringste Anstieg, der in den letzten Jahren verzeichnet wurde". Es muß jedoch darauf verwiesen werden, daß das erste Jahresdrittel 1984 ein "exzessives Wachstum von 23,3%" erlebt hatte. Nach Ansicht chinesischer Wirtschaftsfachleute kann daher das Wachstum von 4,2% "nicht als exzessive Abkühlung betrachtet" werden. Es wird ferner darauf verwiesen, daß das Wachstum 1985 durch "gewisse abnorme Faktoren" gekennzeichnet war. So heißt es, daß "China im letzten Quartal 1984 volkswirtschaftlich die Kontrolle im Investbau, bei den Krediten usw. verlor. Dies führte direkt zum exzessiven Wachstum der Industrie zu Beginn des Jahres 1985, als die Wirtschaft sich plötzlich aufheizte, was zu Ungleichgewichten in verschiedener Hinsicht führte."

Die makroökonomischen Kontrollmaßnahmen, die seit dem zweiten Quartal 1985 zur Stärkung eines von Gleichgewichtsaspekten bestimmten Wachstumsverlaufs in Kraft traten, haben zu einer "Verlangsamung der Wachstumsrate beigetragen, die in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine allmähliche, Monat-zu-Monat-Angelegenheit war". Die Erscheinung solcher "Wellenbewegungen" in der industriellen Produktion wird als "objektiv unvermeidlich" betrachtet, und "bis zu einem gewissen Ausmaß sind sie die normale Widerspiegelung beim wirtschaftlichen Aufbau von der Komplexität Chinas". (SWB, WER, 18.06.86, a8) -ma-

*(38)

Auch nach Tschernobyl: China hält an der Entwicklung der Kernkraft fest

Nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl beschäftigte sich auch Chinas ständiges Parlamentsorgan mit Fragen der Atomenergie: Am 20. Juni hielt der Minister für Nuklearindustrie Jiang Xinxiong auf der 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK einen Vortrag über den Stand der Errichtung von Kernkraftwerken in China und über die "chinesische Kernenergiepolitik. Dabei betonte der Minister, daß gleichzeitig mit dem großangelegten Ausbau der Nutzung der Kohle- und der Wasserenergie die Nutzung der Kernenergie schwerpunktmäßig und schrittweise entwickelt werden müsse. Mit Hilfe der Entwicklung der Kernenergieindustrie wolle man nicht nur eine notwendige Ergänzung der bestehenden Möglichkeiten der Energieerzeugung schaffen, sondern auch an die technologische

Weltspitze aufschließen. Dabei rangiere das Ziel der Beherrschung der fortgeschrittenen Nukleartechnologie vor dem Ziel der Erzeugung von Atomstrom. Des weiteren forderte Jiang Xinxiong, daß bei der Entwicklung der Kernkraft die Frage der Sicherheit und der Qualität an erster Stelle stehen müsse. Nach Darstellung des ZK-Organs VOLKSZEITUNG schlossen sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses in der Diskussion den Ausführungen des Ministers an. (RMRB, 22. und 25.6.86) -sch-

*(39)

"Elektronisierung" der Industrie?

Im Rahmen der Modernisierung der traditionellen Industrien des Landes soll während der nächsten Jahre verstärkt elektronische Technologie eingesetzt werden. Vorrang beim Einsatz elektronischer Technik soll der nationale Maschinenbau haben, um "die Qualität seiner Erzeugnisse zu verbessern und den Verbrauch von Energie und Rohstoffen zu reduzieren". Voraussetzung für den verstärkten Einsatz von Elektronik in der Industrie ist der forcierte Ausbau der Elektronikindustrie, bei deren Entwicklung "besondere Betonung auf das Computerwesen" gelegt werden soll. Zur Zeit sind in China rund 7.000 Hauptcomputer und 130.000 Mikrocomputer in Betrieb. Insgesamt sind "über 20.000 Forschungs- und Entwicklungsprojekte computerisiert worden". Um die weitere Ausbreitung elektronisch gestützter Datensysteme zu fördern, muß "der Softwareentwicklung und der Personalausbildung besondere Aufmerksamkeit" gewidmet werden. Insbesondere geht es um die "Entwicklung von effizienterer chinesischer Schriftzeichensoftware und um die Perfektion solcher Systeme". (XNA, 30.06.86) -ma-

*(40)

Verstöße gegen Warenzeichengesetz

1985 mußten sich die chinesischen Behörden mit insgesamt 17.000 Fällen von Verstößen gegen das Warenzeichengesetz beschäftigen. Insgesamt wurden 120 Mio. illegale Warenzeichen gelöscht und Strafen in Höhe von zusammen rund 7 Mio. Yuan ausgesprochen. (SWB, 03.07.86) -ma-

*(41)

Vergütungsbestimmungen für Innovationsvorschläge

Beginnend mit dem 4. Juni 1986 ist durch den Staatsrat eine revidierte Fassung der sogenannten "Bestimmungen zu Vergütungen für Rationalisierungsvorschläge und technologische Verbesserungen" herausgegeben worden. Die neue Fassung löst die ursprünglichen

Bestimmungen des Staatsrats vom 16. März 1982 ab. Die Bestimmungen sind in vier Kapitel untergliedert.

Kapitel Eins ("Allgemeine Prinzipien") begründet die Formulierung der Bestimmungen damit, daß "die Entwicklung der Volkswirtschaft dadurch gefördert wird, daß Arbeiter und Angestellte ermutigt werden, Tätigkeitsabläufe und Management zu verbessern und die Lebenskraft ihrer Unternehmen zu erhöhen". Die sogenannten "Rationalisierungsvorschläge" beinhalten "Methoden und Maßnahmen zur Verbesserung oder Perfektion der Produktionstechnologie, der Tätigkeitsabläufe und des Managements in Unternehmen und Institutionen". Die sogenannten "technologischen Verbesserungen" beinhalten "Verbesserungen und Innovationen für Maschinen, Ausrüstung, Werkzeuge, Technik und andere Aspekte". Mit den Rationalisierungsvorschlägen und technologischen Verbesserungen sollen vor allem die "Qualität industrieller Erzeugnisse und Projekte, die Produktpalette und die Entwicklung neuer Produkte" verbessert werden. Ferner soll größere Effizienz bei der Nutzung und Einsparung von Energie, Rohstoffen und Halbwaren erzielt werden.

Kapitel Zwei ("Maßstäbe für Vergütungen") bestimmt, daß "Vergütungen für Rationalisierungsvorschläge und Vorschläge zur technologischen Verbesserung" nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn die Vorschläge und Verbesserungen "getestet, studiert und in der Praxis angewandt worden sind und in der Produktion oder Arbeit eines Unternehmens oder einer Institution Ergebnisse gezeitigt haben". Vergütungen für Vorschläge, deren wirtschaftliche Resultate quantifiziert werden können, sind in fünf Stufen unterteilt: 1. zusätzliche Wertschöpfung bzw. Einsparung unter 10.000 Yuan jährlich bis zu 300 Yuan Vergütung plus Belobigung. 2. Wertschöpfung bzw. Einsparung zwischen 10.000 und 100.000 Yuan jährlich 300 bis 500 Yuan Vergütung plus Belobigung. 3. 100.000 Yuan bis 500.000 Yuan jährlich 500 bis 1.500 Yuan Vergütung plus Verdiensturkunde. 4. 500.000 Yuan bis 1 Mio. Yuan 1.500 bis 2.500 Yuan Vergütung plus Verdiensturkunde. 5. Über 1 Mio. Yuan 2.500 bis 4.000 Yuan Vergütung plus Verdiensturkunde.

Kapitel Drei ("Überprüfung und Verwaltung") befaßt sich mit der organisatorischen Abwicklung. Danach wird jedes Unternehmen und jede Institution aufgerufen, "einen Ausschuß oder eine Gruppe zur Überprüfung der Rationalisierungsvorschläge und technologischen Verbesserungsprojekte aufzustellen. Die Verwaltungsabtei-

lung soll für den Ausschuß oder die Gruppe zuständig sein." Die Auslagen für finanzielle Vergütungen sollen von den Nutzern selbst getragen werden. "In einem Unternehmen soll das Geld, das das Unternehmen für Vergütungen ausgibt, als Teil der Produktionskosten betrachtet werden. In einer Institution sollen die Vergütungen aus den laufenden Ausgaben oder aus dem zurückbehaltenen Einkommen getätigt" werden. Vorschläge, die einen verhältnismäßig großen wirtschaftlichen Nutzen haben, "aber nicht von den jeweiligen Einheiten genutzt werden können", sollen höheren Ebenen übermittelt werden, um sie einer entsprechenden Verwendung zuzuführen. Vorschläge von "beachtlichem wirtschaftlichen Wert können auf dem technischen Markt verkauft werden".

Kapitel Vier ("Überwachung und Streitschlichtung") bestimmt die Regelungen für Auseinandersetzungen um solche Vorschläge. Danach soll der "Gewerkschafts- und Arbeiterkongreß eines Unternehmens oder einer Institution das Recht zur Überwachung haben, wie diese Bestimmungen durchgeführt werden." Übergeordnete Ebenen sollen in Streitfällen hinsichtlich des Werts von Vorschlägen für die betreffenden Unternehmen und Institutionen eine Schiedsfunktion ausüben.

Kapitel Fünf ("Zusatzartikel") bestimmt, daß die staatliche Wirtschaftskommission "für die Erklärung dieser Bestimmungen verantwortlich" ist, und daß sie "Einzelbestimmungen für die Durchführung auf der Basis dieser Bestimmungen aufstellen soll". (SWB, 17.06.86) -ma-

*(42)

Informationszentrum Shanghai

Die Stadt Shanghai beabsichtigt, ihre Position "als Chinas führende Wirtschafts- und Hafenstadt" systematisch zu nutzen, um "das chinesische Zentrum für die Sammlung und Verbreitung von Wirtschaftsinformationen" zu werden. Die Behörden der Stadt gehen davon aus, daß "Information eine immer wichtigere Rolle in der wirtschaftlichen Planung und bei der Steigerung der Produktion spielt". Um den vorhandenen Vorsprung auszunutzen, hat die Stadt "eine Arbeitsgruppe zur Förderung des Flusses von Wirtschaftsinformationen unter Leitung des Bürgermeisters Jiang Zemin und des stellvertretenden Bürgermeisters Liu Zhenyuan zusammengestellt". Diese Gruppe soll bereits vorhandene Koordinationsnetze verbinden, die "für solche Gebiete wie Industrieproduktion, Statistikwesen, Elektrizitätserzeugung, Außenhandel, Bankwesen, Materialversorgung und Eisen-

bahntransport aufgebaut" worden sind. Technisch erfolgen Zusammenarbeit und Koordination auf elektronischer Datenverarbeitungsbasis. Eines der wichtigsten Organe des Gesamtnetzes ist die von der Industrie- und Handelsbank eingerichtete "Informationsgesellschaft mit 11 Abteilungen in Shanghai". In dieser Informationsgesellschaft sind z.Z. 100 Kräfte beschäftigt. Sie veröffentlicht 20 Informationsbulletins. Der Vorsprung Shanghais auf dem Informationsgebiet (sowohl für die Binnenwirtschaft als auch für den Außenhandel) gründet sich nach Ansicht der städtischen Behörden auf die zentrale Lage der Stadt, die "gut plaziert ist, um neueste Informationen zu erhalten. Sie betreibt Handel mit 160 Ländern und Gebieten, und sie wurde im letzten Jahr von über 600.000 ausländischen Geschäftsleuten, Gelehrten und Reisenden besucht". (XNA, 30.06.86) -ma-

*(43)

Wirtschaftlicher Erfolgsneid

Offiziell wird die Rolle einzelwirtschaftlicher Unternehmen und Geschäftsleute sowie spezialisierter Haushalte zwar seit Jahren als insgesamt konstruktiv für den Aufbau des Landes gewürdigt, aber nach 30 Jahren "Gleichheitsideologie" stoßen Privatinitiative und privates Erfolgsstreben offensichtlich immer noch auf nicht zu unterschätzende Reserviertheit bei vielen Kadern und auch in der Bevölkerung insgesamt. Darauf deutet ein Kommentar der Nongmin Ribao (Beijing) vom 27. Mai 1986 hin. Der Kommentar beschäftigt sich unter dem Titel "Große Gewinne zweifelhafter Art" mit der ablehnenden bis neidvollen Haltung vieler Chinesen. Er bestätigt, daß "große Gewinne auf zweifelhafte Art machen" z.Z. "ein weitverbreiteter Slogan in der Gesellschaft" sei. Der Slogan "bezieht sich auf Haushalte des einzelwirtschaftlichen Sektors, die sich in Handel und Dienstleistungsgewerbe engagiert haben. Diese Redensart deutet auf gewisse Vorurteile hin."

Ausgangspunkt der Debatte sind vor allem bäuerliche Kleinunternehmer, "die während der vergangenen Jahre das Land verlassen haben, um in den Städten ihr Geschäft zu betreiben. Einige sind zu spezialisierten Haushalten geworden, die sich im Handel betätigen und einige Gewinne gemacht haben. Die große Mehrheit der spezialisierten Haushalte, die sich im Handel betätigt, hat sich an die Gesetze gehalten und harte Arbeit geleistet. Sie arbeiten von früh morgens bis spät abends, essen und schlafen im Freien und eilen von Platz zu Platz. Sie müssen auch Informationen sammeln und die neuesten Preise und Nachfragen herausfinden. In der

Tat haben sie eine Menge geistige und körperliche Arbeit investiert. Ist es da nicht eine einseitige Sicht, sie für die gemachten Gewinne zu tadeln, ohne daß man die Arbeit kennt, die sie geleistet haben?"

Die Kritik an wirtschaftlich erfolgreichen Haushalten scheint vor allem unter der städtischen Bevölkerung Chinas verbreitet zu sein. In mancher Hinsicht ist die kritische Haltung gegenüber den sogenannten "zweifelhaften Gewinnen" einzelner bäuerlicher Unternehmer nur der sichtbare Ausdruck einer wesentlich breiteren und tieferen "sozialen Neidentwicklung". Unter der städtischen Bevölkerung scheint eine nicht geringe Aversion gegenüber der vermeintlichen "Einkommensexpllosion" der ländlichen Bevölkerung zu bestehen. Diese Aversion ist durch die Tatsachen zwar nicht gerechtfertigt, da die durchschnittliche Einkommenssituation der städtischen Bevölkerung gegenüber der Einkommenslage der großen Mehrheit der bäuerlichen Haushalte immer noch wesentlich besser ist, aber psychologisch gesehen kommt hier die Haltung einer bisher privilegierten Schicht zum Ausdruck, deren Einkommensvorsprung zu schmelzen beginnt.

Es scheint daher fraglich, ob die negativen Empfindungen durch ideologische Stegreifformeln wie die folgenden wirklich abgebaut werden kann. "Der Sozialismus ehrt die Arbeit, und die Arbeit ist ehrenwert. Arbeiter, Bauern und Intellektuelle sind alle Arbeiter. Sie nehmen eine sehr hohe Stellung in der Gesellschaft ein. Was ist mit Geschäftsleuten? Geschäftsleute sind auch Arbeiter, weil Handelstätigkeiten, genauso wie Arbeit, Wert schaffen können... Da die Leute, die im Handel tätig sind - einschließlich der einzelwirtschaftlichen Haushalte - während der Periode des Sozialismus auch Arbeiter sind, sollten sie von der Gesellschaft ebenso wie andere Arbeiter respektiert werden. Es ist unfair, sie als Menschen mit "zweifelhaftem Charakter" anzusehen und sie ohne Grund zu tadeln."

Möglicherweise sind Argumente zur wichtigen praktischen Rolle der Privatinitiative von größerer Wirkung als ideologische Rechtfertigungen. "Können wir in unserem Alltagsleben ohne Handel leben? An vielen Orten hört man Beschwerden über die Schwierigkeiten, Dinge kaufen zu können. Die ländlichen Gebiete haben Schwierigkeiten beim Kauf von landwirtschaftlichen Materialien und "modischen" Erzeugnissen. In den Städten gibt es Schwierigkeiten, "essen zu gehen", "schneidern zu lassen", "einen Haarschnitt zu bekommen" und "ein Bad zu bekommen". Ferner gibt es

Schwierigkeiten, Dinge zu verkaufen. Das zeigt, daß eine weitere Belebung des Handels ein allgemeines gesellschaftliches Bedürfnis geworden ist. Es ist merkwürdig, daß die Vorstellungen mancher Leute im Widerspruch zum sozialen Bedarf stehen, einschließlich ihrer eigenen sozialen Bedürfnisse. Sie essen und tragen täglich Kleider, dennoch gucken sie auf die Herab, die Essen verkaufen und Kleider machen. Sie nehmen Bäder und lassen sich jeden Monat das Haar schneiden, dennoch gucken sie auf die Leute herab, die in Badehäusern und Friseurläden arbeiten. Ist es nicht merkwürdig, daß ihre Vorstellungen ihren tatsächlichen Bedürfnissen widersprechen?"

Schließlich führt der Kommentar die üblichen historischen Gründe für die weitverbreitete "antikommerzielle Haltung" an. "Alle Vorurteile haben geschichtliche Ursprünge. Es gab unter unseren Vorfahren Leute, die auf den Handel herablickten. Nehmen wir das Beispiel des Konfuzius! Viele seiner Aussagen können heute noch angewandt werden. Dennoch sah er auf Leute herab, die in Geschäften tätig waren. Zigong war ein Lieblingsschüler des Konfuzius. Als er jedoch Geschäfte machen wollte, kritisierte Konfuzius ihn dafür, daß er über seine Grenzen hinausgehen und sich in Spekulation betätigen wolle. In der Tat war Zigong sehr gut in Geschäften. Von Generation zu Generation überliefert sind diese Ideen des Herabsehens auf den Handel immer noch unter vielen Leuten wirksam. Der Spruch "Leute mit zweifelhaftem Charakter machen riesige Gewinne" ist tatsächlich ein Überbleibsel der Geschichte." (SWB, 14.06.86) -ma-

*(44)

Großhandelsmärkte

Zur Zeit existieren in China knapp 2.000 Großhandelsmärkte, die meisten von ihnen in städtischen Gebieten. Bis zum Ende des Jahrhunderts dürfte sich die Gesamtzahl der Großmärkte auf geschätzt über 6.000 erhöhen. Zur Zeit stellen die Großmärkte eine der wichtigsten Institutionen für die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte dar. "Die Preise schwanken in Übereinstimmung mit der Angebotsmenge und -qualität. Bauern und staatliche Arbeitseinheiten transportieren die Landwirtschaftserzeugnisse zu solchen Märkten über eine Entfernung bis zu 1.000 km, um einen guten Preis zu erzielen, und die Einzelhändler greifen bei gut verkäuflichen Produkten sofort zu."

Die Bedeutung solcher Großhandelsmärkte für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte kann am Beispiel des 1984 eingerichteten

Großhandelsmarktes von Wuhu (Provinz Anhui) demonstriert werden. Bis 1983 erzeugten die "vier Kreise der Umgebung einen Überschuß von rund 50.000 t Getreide, das sie nicht jedes Jahr verkaufen konnten. Aber während des ersten Betriebsjahres ermöglichte es der Markt den Bauern, 27.000 t Getreide zu verkaufen." Der größte Großhandelsmarkt des Landes liegt im Norden Beijings. Er erreichte 1985 einen Umsatz von mehr als 4,9 Mio. Yuan. Ein anderer großer Markt liegt in Shenyang. Er hat Verbindungen zu 27 Provinzen und Städten des Landes. (XNA, 14.06.86) -ma-

*(45)

Ländliche Industrie

1985 hat sich die Zahl der sogenannten "ländlichen Unternehmen" Chinas deutlich erhöht, insbesondere entwickelten sich Unternehmen, die in der Regie kleiner ländlicher Städte liegen. Im Durchschnitt erhöhte sich das Umlaufvermögen jedes ländlichen Unternehmens gegenüber 1984 um 37,1%, die Zahl der Beschäftigten um 13,7%. Überdurchschnittlich stark wuchsen ländliche Unternehmen, die landwirtschaftliche Produkte und Nebenerzeugnisse der Landwirtschaft verarbeiten. Insgesamt erhöhte sich der Produktionswert der ländlichen Industrie gegenüber 1984 um 50,7%. Der Anteil der ländlich industriellen Produktion am sogenannten "Bruttoproduktionswert in der ländlichen Gesellschaft" stieg von 1984 22,99% auf 1985 27,6%. Im Hinblick auf die für wirtschaftliche Tatbestände wesentlich aussagekräftigere Wertschöpfung (Nettoproduktionswert) dürften sich die Relationen jedoch (unterschiedliche Nettoquoten) deutlich verschieben. Grob geschätzt dürfte der Anteil der ländlich-industriellen Unternehmen an der gesamten Wertschöpfung der ländlichen Wirtschaft bei gut 10% liegen. (SWB, WER, 18.06.86, a1) -ma-

*(46)

Ländlicher Beschäftigungswandel

Knapp ein Fünftel der bäuerlichen Arbeitskräfte Chinas haben während der letzten Jahre ihre landwirtschaftliche Tätigkeit im engeren Sinne aufgegeben und eine neue Beschäftigung "in ländlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen" gefunden. Dies geht aus einem Bericht des staatlichen Statistikbüros der VR China hervor. Danach wurden insgesamt 370 Mio. Arbeitskräfte als Bauern registriert, von denen exakt 18% "außerhalb der Feldwirtschaft" arbeiteten. 1980 hatte der Anteil nur bei 10% gelegen. Das heißt, daß, in absoluten Größenordnungen gesehen, während der letzten fünf Jahre rund

30 Mio. ländliche Arbeitskräfte außerhalb der Feldwirtschaft eine Tätigkeit gefunden haben. Auch innerhalb der Landwirtschaft selbst läßt sich eine Verschiebung weg von der Feldwirtschaft hin zu neuen Diversifizierungsbereichen feststellen. "Eine zunehmende Zahl von ländlichen Arbeitskräften hat den Getreideanbau aufgegeben. Statt dessen züchten sie Fische und Vieh und vollführen andere landwirtschaftsbezogene Tätigkeiten. Die meisten, die in der Industrie arbeiten, sind im Baugewerbe beschäftigt. Die meisten Dienstleistungstätigen sind im Transportbereich, Handel oder Restaurants beschäftigt."

Der Ausbau der neuen Tätigkeitsbereiche hat zu einer deutlichen Steigerung der Wertschöpfung der ländlichen Arbeitskräfte beigetragen. "Letztes Jahr (1985) schufen die 370 Mio. Bauern einen Wert, der pro Kopf bei durchschnittlich 1.671 Yuan lag. Dennoch erzeugte der durchschnittliche landwirtschaftliche Arbeiter nur 18,8% des Wertes, den die Menschen in der Industrie erzeugten, und nur 22,3% des Wertes, der im Dienstleistungsgewerbe erzeugt wird." (SWB, 17.06.86) -ma-

*(47)

Wachsende Bedeutung kleiner und mittlerer Städte

In einem Sonderkommentar ("Die Erfahrung in der Entwicklung kleiner und mittlerer Städte in unserem Land") vom 14. Juni 1986 befaßt sich die Volkszeitung (RMRB) mit der Bedeutung kleinerer und mittlerer Städte für die Entwicklung Chinas. Ende 1985 belief sich die Gesamtzahl der "Städte mit städtischen Distrikten auf 324 und die der Städte mit Kreissitzen" auf 9.130. Die kleinen und mittleren Städte haben sich während der letzten Jahre schnell entwickelt. Die Leitlinie dieser Entwicklung lautet, "das Ausmaß der großen Städte kontrollieren, mittlere Städte rational entwickeln und kleine Städte kraftvoll entwickeln". Beispiele für diese Entwicklung sind die Städte Changzhou und Foshan, deren industrielles Wachstum seit 1978 im Jahresdurchschnitt um 11,07% bzw. 20,06% stieg. Die Erfahrungen, die sich aus der Ausdehnung kleiner und mittlerer Städte ergeben haben, sind nach RMRB wie folgt.

1. In ihrer industriellen Entwicklung müssen sich die Städte "vor allem auf ihre eigenen Fonds" stützen. Im Falle Changzhous (Jiangsu Provinz) hatte die Stadt im Zeitraum 1978/83 7,87 Mrd. Yuan an den Staat abgeführt. Im gleichen Zeitraum waren ihr durch den Staat Mittel von "nicht mehr als einer Milliarde Yuan" zugewiesen worden.

Diese Entwicklung wird als "Schneeballverfahren" und "Huhn, das Eier legt" bezeichnet. Mit dem Begriff Schneeballverfahren wird eine Entwicklungslinie bezeichnet, in deren Rahmen größere bzw. fortgeschrittene Unternehmen kleinere und weniger fortgeschrittene mit sich ziehen und somit die industrielle Basis erweitern. Mit dem Verfahren "Huhn, das Eier legt" ist die Gründung neuer Fabriken aus Mitteln bereits bestehender Unternehmen angesprochen. Ferner geht es um die Ausweitung einiger Industriebranchen von den großen Städten zu den kleinen und mittleren hin.

2. Das wirtschaftliche Verflechtungsmuster zwischen den Städten und dem umliegenden Land muß vertieft werden. Im allgemeinen haben sich die kleinen und mittleren Städte "auf der Grundlage von Marktstädten, bei denen Leicht- und Textilindustrie den größten Anteil an der Wirtschaftsstruktur haben, entwickelt." Diese Tatsache führt zwangsläufig zu einer starken Nutzung ländlicher Rohstoffe, insbesondere seit sich die "ländliche Warenwirtschaft deutlich entwickelt hat". Im Rahmen dieser Entwicklung sind die kleinen und mittleren Städte "zu ständig wachsenden Märkten" geworden. Um diese wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, sind neue Verwaltungsformen zwischen den Städten und dem Umland (Stadt-Kreis-Verwaltungssystem) in den besser entwickelten Gebieten errichtet worden. "Bis Ende 1985 waren 659 der 2.046 Kreise des Landes unter die Verwaltung von 146 Städten gestellt worden. Einige kleine und mittlere Städte haben mit den umliegenden Kreisen Beziehungen auf solchen Gebieten hergestellt wie Industrieproduktion, Warenverkehr, Verkehr und Transport, Wirtschaftsinformationen, Kreditwesen, Wissenschaft und Technik, Kultur und Erziehung". Aufgrund dieser Entwicklung wurden "die Bauern ermutigt, in die kleinen Städte zu ziehen, um dort Läden und Werkstätten zu betreiben."

3. Eine weitere Linie der Entwicklung liegt in der Vertiefung der "seitlichen wirtschaftlichen Beziehung zwischen verschiedenen Städten". Bildlich wird diese Linie als "das Stadttor weit öffnen" bezeichnet. Die "seitlichen wirtschaftlichen Beziehungen" bezeichnen vor allem die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Unternehmen verschiedener Städte und Industriebranchen sowie die Zusammenarbeit von Unternehmen der Industrie und des Handels sowie der Industrie und der Landwirtschaft und schließlich der Landwirtschaft und des Handels.

Neben der Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes sollen in Zukunft die wirtschaftlichen Schwerpunkte auf dem "Ausbau der städtischen Infrastruktureinrichtungen und des Tertiärsektor in den Städten" liegen. In diesen Bereichen sollen vor allem die aus der Landwirtschaft abwandernden ländlichen Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden. -ma-

*(48)

Kontraktarbeiter

1983 wurde das sog. Kontraktarbeitssystem für staatliche Industriebetriebe in China eingeführt. Das Verfahren hat sich nach Ansicht der Behörden bewährt. Es soll in Zukunft eine ständig breitere Anwendung finden. Zur Zeit sind im Rahmen dieses Verfahrens in den staatlichen Betrieben Chinas rund 3,5 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von gut 4% an der Gesamtbeschäftigtenzahl in staatlichen Betrieben. Charakteristisch für das neue Verfahren ist, wie die Bezeichnung aussagt, die Anstellung der Arbeitskräfte auf der Grundlage von zeitlich begrenzten Verträgen. Diese Verträge können bei beiderseitigem Einverständnis des Betriebes und der Arbeitskraft verlängert werden. Als Vorteile des neuen Systems werden vor allem zwei Aspekte angesehen. "Das Arbeitsvertragssystem ermöglicht es den Unternehmen, die Zahl der Arbeitskräfte je nach Produktionslage zu erhöhen oder zu verringern und Leute ausgesucht zu beschäftigen". Ferner hat das neue System dazu beigetragen, "die Schwächen des alten zu überwinden, das als System der Eisernen Reisschüssel bekannt ist und jedem Arbeiter einen festen Lohn für eine bestimmte Zeit zugesteht unabhängig von seiner Arbeitsleistung".

Es hat den Anschein, daß das neue Einstellungsverfahren auf lange Sicht das alte Verfahren lebenslänglich garantierter Arbeitssicherheit ablösen wird. Darauf deutet zumindest das Beispiel der großen Industriestadt Shenyang hin. Dort sind 95% aller Neueinstellungen der letzten Jahre (insgesamt 60.000) nach dem neuen Vertragssystem vollzogen worden. "In Shenyang wurden alle Vertragsarbeiter durch einheitliche Einstellungsprüfungen unter arbeitslosen jungen Leuten rekrutiert. Das Vertragsarbeitssystem wird auch auf Absolventen technischer Schulen und auf junge Leute angewandt, die die Arbeitsplätze ihrer pensionierten Eltern übernommen haben."

Mit der Ausbreitung des neuen Verfahrens dürfte die Beschäftigungspraxis staatlicher chinesischer Betriebe den Gewohnheiten großer japanischer Konzerne nahekomen,

die neben einer Stammebelegschaft (lebenslange Beschäftigungsgarantie) eine (kündbare) Zusatzbelegschaft auf Zeitbasis führen, um auf unterschiedliche konjunkturelle Situationen entsprechend reagieren zu können. Im chinesischen Fall scheint das Moment der besseren individuellen Leistungskontrolle als ein weiteres Motiv hinzuzukommen. Das geht aus einer Reihe von Beispielen für die Zusammensetzung des Gesamteinkommens der Arbeitskräfte hervor. Der "feste Grundlohn" beläuft sich danach im Durchschnitt auf nur zwei Drittel des Gesamteinkommens, der Rest basiert auf Leistungsprämien.

Strenggenommen ist das neue Einstellungsverfahren keineswegs neu. In der Praxis arbeiteten die staatlichen Industriebetriebe Chinas mehr oder weniger inoffiziell bereits seit den 50er Jahren mit diesem Verfahren. Der wesentliche Unterschied zur Gegenwart bestand darin, daß Verträge nicht zwischen den Betrieben und einzelnen Arbeitnehmern geschlossen wurden, sondern in indirekter Form zwischen den Betrieben und den kollektiven Einheiten, aus denen die zu rekrutierenden Arbeitskräfte kamen. (XNA, 30.06.86) -ma-

TAIWAN

*

*

*(49)

Lee Kuan Yews offener Besuch in Taipei

Zwischen dem 28. und 30. Juni fand ein dreitägiger Besuch von Singapurs Premierminister Lee Kuan Yew in Taipei statt. Dies war der achte Aufenthalt Lees auf der Insel seit 1973 (ZYRB, 29.6.86). Allerdings waren die ersten sechs Besuche von beiden Seiten offiziell geheimgehalten worden. Erst bei seinem siebten Aufenthalt am 5. und 6. November des vergangenen Jahres wurde nach der Beendigung des Programms eine kurze Nachricht von der Taipeier Regierung veröffentlicht. Diesmal war die Nachricht von Lees Besuch schon vor seiner Ankunft auf der Insel verbreitet worden (ZYRB, 27.6.86).

Singapur unterhält weder zu Beijing noch zu Taipei diplomatische Beziehungen. Vor vielen Jahren schon hatte Lee Kuan Yew angekündigt, diplomatische Beziehungen zu der VR China aufnehmen zu wollen, doch will er, nach seinen eigenen Worten, mit diesem Schritt warten, bis alle anderen ASEAN-Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing vollzogen haben - zur Zeit unterhält unter den ASEAN-Staaten außer Singapur nur noch Indonesien keine diplomati-

schen Beziehungen zu Beijing. Abgesehen von den formalen diplomatischen Beziehungen hat Singapur enge Handelsbeziehungen sowohl mit Taiwan als auch mit der VR China. Es hat Handelsbüros in Beijing und in Taipei, und diese sind mit gleicher Mission in Singapur vertreten. Außerdem schenkt man der Chinapolitik Singapurs besondere Aufmerksamkeit, weil die meisten seiner Einwohner einschließlich des Premierministers Lee chinesischer Abstammung sind.

In den vergangenen Jahren hatte Lee die VR China mehrmals offiziell besucht. Sein letzter offizieller Besuch dort fand vom 13. bis 15. September vorigen Jahres statt. Die Tatsache, daß er kurz danach, am 5. und 6. November in Taiwan eintraf und, wie gesagt, sein Besuch auf der Insel zum ersten Mal offiziell nicht mehr geheimgehalten wurde, gab Anlaß zu Spekulationen über eine Vermittlerrolle Lees zwischen Beijing und Taipei (vgl. LHB, 29.6.86). Die Spekulationen fanden noch mehr Nahrung dadurch, daß Jiang Xiaowu, zweiter Sohn des Staatspräsidenten Jiang Jinguo, am 17. Februar d.J. überraschend zum stellvertretenden Leiter der Handelsrepräsentation Taiwans in Singapur ernannt wurde. Gleich nach der Bekanntgabe seiner Ernennung traf Jiang Xiaowu am folgenden Tag, dem 18. Februar, in Singapur ein. Gerade zu der Zeit befand sich dort eine Wirtschaftsdelegation aus Beijing unter der Leitung des Staatsrats (Kabinettsmitglieds) Gu Mu (vgl. dazu Guangjiao, Hongkong, 16.3.86).

Seine ersten sechs Taiwanreisen hatte Lee Kuan Yew offenbar unter Berücksichtigung von Singapurs Beziehungen zu der VR China geheimgehalten. Inzwischen muß er zumindest die Zustimmung Beijings für seinen offenen Besuch in Taiwan erhalten haben, egal, ob er die Rolle des Vermittlers zwischen beiden chinesischen Regierungen spielt oder nicht. Nach einer Meldung der LHB (29.6.86) erklärte ein Beamter des Außenministeriums in Taipei, daß man diesmal den Besuch Lees in Taiwan vorher bekanntgeben habe, um unnötige Spekulationen zu vermeiden.

Vor seiner letzten Reise nach Taiwan hatte Lee Südkorea einen offiziellen Besuch abgestattet, danach fuhr er zu einem weiteren offiziellen Besuch auf die Philippinen. Ziel seiner Tour war es, nach Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen diesen asiatischen Schwellenländern gegen die protektionistischen Tendenzen der US-Handelspolitik zu suchen (Shibao-xinwen Zhoukan, Taipei, 1986/No. 6, S. 18 ff).